



GOVERNOR GREG ABBOTT

24. Januar 2024

Die Bundesregierung hat das Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und den Bundesstaaten gebrochen. Die Exekutive der Vereinigten Staaten hat die verfassungsmäßige Pflicht, die Bundesgesetze zum Schutz der Staaten durchzusetzen, einschließlich der geltenden Einwanderungsgesetze. Präsident Biden hat sich geweigert, diese Gesetze durchzusetzen, und hat sogar gegen sie verstoßen. Das Ergebnis ist, dass er die Rekorde bei der illegalen Einwanderung gebrochen hat.

Obwohl er in einer Reihe von Briefen - von denen ich ihm einen persönlich zugestellt habe - darauf hingewiesen wurde, hat Präsident Biden die Forderung von Texas ignoriert, dass er seine verfassungsmäßigen Pflichten erfüllen muss.

- Präsident Biden hat gegen seinen Eid verstoßen, die vom Kongress erlassenen Einwanderungsgesetze getreu auszuführen. Anstatt Einwanderer wegen des Bundesverbrechens der illegalen Einreise zu verfolgen, hat Präsident Biden seine Anwälte in Bundesgerichte geschickt, um Texas zu verklagen, weil es Maßnahmen zur Sicherung der Grenze ergriffen hat.
- Präsident Biden hat seine Behörden angewiesen, Bundesgesetze zu ignorieren, die die Inhaftierung von illegalen Einwanderern vorschreiben. Dies hat zur Folge, dass sie *massenweise* illegal in die Vereinigten Staaten einreisen können.
- Durch die Verschwendung von Steuergeldern, um die texanische Grenzsicherheitsinfrastruktur aufzureißen, hat Präsident Biden illegale Einwanderer von den 28 legalen Einreisestellen entlang der Südgrenze dieses Staates - Brücken, auf denen niemand ertrinkt - weg in die gefährlichen Gewässer des Rio Grande gelockt.

Unter der gesetzlosen Grenzpolitik von Präsident Biden haben in nur 3 Jahren mehr als 6 Millionen illegale Einwanderer unsere Südgrenze überschritten. Das ist mehr als die Bevölkerung von 33 verschiedenen Bundesstaaten dieses Landes. Diese illegale Weigerung, die Staaten zu schützen, hat den Menschen in den gesamten Vereinigten Staaten beispiellosen Schaden zugefügt.

James Madison, Alexander Hamilton und die anderen Visionäre, die die US-Verfassung schrieben, sahen voraus, dass die Staaten nicht der Gnade eines gesetzlosen Präsidenten ausgeliefert sein sollten, der nichts unternimmt, um externe Bedrohungen wie Kartelle, die Millionen illegaler Einwanderer über die Grenze schmuggeln, zu stoppen. Aus diesem Grund haben die Verfasser der Verfassung sowohl Artikel IV, § 4, in dem versprochen wird, dass die Bundesregierung "jeden [Staat] vor Invasion schützen wird", als auch Artikel I, § 10, Satz 3, in dem das "souveräne Interesse der Staaten am Schutz ihrer Grenzen" anerkannt wird, aufgenommen. *Arizona v. United States*, 567 U.S. 387, 419 (2012) (Scalia, J., abweichend).

Das Versäumnis der Biden-Administration, die in Artikel IV, § 4 auferlegten Pflichten zu erfüllen, hat Artikel I ausgelöst,

§ 10, Klausel 3, der diesem Staat das Recht auf Selbstverteidigung vorbehält. Aus diesen Gründen habe ich bereits eine Invasion gemäß Artikel I, § 10, Klausel 3 erklärt, um mich auf die verfassungsmäßige Befugnis von Texas zu berufen, sich zu verteidigen und zu schützen. Diese Befugnis ist das oberste Gesetz des Landes und hat Vorrang vor allen gegenteiligen Bundesgesetzen. Die texanische Nationalgarde, das texanische Ministerium für öffentliche Sicherheit und andere texanische Bedienstete handeln auf der Grundlage dieser Befugnis sowie der staatlichen Gesetze, um die texanische Grenze zu sichern.

Greg Abbott
Gouverneur von
Texas